

Medienbulletin

«D-A-CH-REFORMBAROMETER»

REFORMPOLITIK IN DEUTSCHLAND,
ÖSTERREICH UND DER SCHWEIZ

Reformen in der Schweiz: Das Gute ist der Feind des Besseren

Sperrfrist: Montag, 4. Dezember 06, 10.30 Uhr

Reformen in der Schweiz: Das Gute ist der Feind des Besseren

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in der Schweiz sind immer noch sehr gut, die wirtschaftspolitische Reformtätigkeit im Vergleich zu unseren Nachbarländern Deutschland und Österreich jedoch bescheiden. Die gute Ausgangslage verleitet zu einem Status quo-Denken und einem nur zögerlichen Anpacken von Reformen. Insbesondere in der Sozialpolitik fehlen trotz Handlungsbedarf nachhaltige Maßnahmen. Österreich und Deutschland weisen laut «Reformbarometer» in der Periode 2002 bis 2006 einen ausgeprägteren Reformwillen auf. Dies zeigt die Studie «D-A-CH-Reformbarometer», die Avenir Suisse zum zweiten Mal gemeinsam mit dem Institut der Deutschen Wirtschaft Köln und der Wirtschaftskammer Österreich durchgeführt hat.

Berlin/Zürich, 4. Dezember 2006. Die Schweiz, Deutschland und Österreich stehen vor vergleichbaren Herausforderungen: Die Alterung der Bevölkerung, die voranschreitende Globalisierung und der wirtschaftliche Strukturwandel zwingen zu Anpassungen der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, um auch in Zukunft Wohlstand und Wachstum zu sichern. Vor diesem Hintergrund hat das «D-A-CH-Reformbarometer» die Reformpolitik der drei Nachbarstaaten für den Zeitraum September 2002 bis September 2006 untersucht. Systematisch erfasst und anhand eines einheitlichen Kriterienkatalogs bewertet wurden die Reformen auf der Bundesebene in den Bereichen Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik sowie Finanz- und Steuerpolitik.

Insgesamt haben sich die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in allen drei Ländern seit dem Jahre 2002 verbessert. Angeführt wird das «D-A-CH-Reformbarometer» von Österreich mit 114,5 Punkten, in erster Linie wegen Reformen in der Finanz- und Steuerpolitik sowie der Sozialpolitik. Auch Deutschland verzeichnet mit dem Schlussstand von 109,2 Punkten eine deutliche Steigerung, die vorab auf Fortschritte in der Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen ist. Das Schlusslicht bildet die Schweiz mit insgesamt 103,4 Punkten (vgl. Abbildung 1). Sie hat sich damit gegenüber 2002 zwar absolut verbessert, doch weil Reformschritte weniger rasch und in einem geringeren Ausmaß erfolgt sind, hat sich der

Vorsprung in den Randbedingungen gegenüber Österreich und Deutschland verringert.

Arbeitsmarktpolitik: Gefahr dirigistischer Massnahmen latent

Der vergleichsweise wenig regulierte und flexible Arbeitsmarkt ist nach wie vor eine Stärke der Schweiz. Aufgrund dieser guten Ausgangslage besteht damit ein geringerer Reformbedarf, weshalb der mit 107,5 Punkten vergleichsweise tiefe Schlusstand des Teilindikators Arbeitsmarktpolitik wenig problematisch ist (Schlusstand Deutschland: 134,1 Punkte; Österreich: 112,6 Punkte). Eine Verbesserung des Indikators hat insbesondere die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten gebracht. Gedämpft wird die grundsätzlich positive Beurteilung allerdings durch die gleichzeitige Erweiterung der flankierenden Massnahmen gegen das so genannte Lohn- und Sozialdumping. Sie beinhalten die latente Gefahr, dass die freien Vereinbarungen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen durch staatliche Vorgaben und Vorschriften überlagert werden. Das neue Ausländergesetz regelt die Zulassung und den Aufenthalt von Personen, die nicht aus EU- oder EFTA-Staaten stammen. Zu einem leichten Anstieg des Indikators hat insbesondere die Vereinfachung und Straffung von Bewilligungsverfahren geführt. Im Inland erleichtert das revidierte Binnenmarktgesetz die berufliche Mobilität, indem kantonale Marktzutrittsschranken abgebaut wurden.

Sozialpolitik: Aufgestauter Handlungsbedarf

Trotz zahlloser Studien und Expertenvorschläge hat sich der demographische Wandel kaum in Reformen der Sozialwerke niedergeschlagen. Vor diesem Hintergrund ist das Abfallen des Indikators auf den Stand von 89,1 Punkten zu sehen. Vor allem bei der Invalidenversicherung (IV) hat sich der Reformbedarf aufgestaut. Strukturelle Defizite und eine rasch anwachsende Schuld zwingen zu raschem Handeln. Zwar beinhaltet die 5. IV-Revision Massnahmen zur Früherfassung und -intervention, die zu einer Reduktion bei den Neuverrentungen führen sollen (und im Sinne einer Antizipation durch die IV-Organen auch schon geführt haben). Zunächst sind diese Massnahmen jedoch mit Mehrkosten verbunden, ohne dass Gewähr für eine anhaltende Trendwende besteht. Im Barometer negativ ins Gewicht fällt insbesondere die beabsichtigte IV-Zusatzfinanzierung über höhere Lohnabzüge und/oder eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Da eine solche Zusatzfinanzierung jedoch noch nicht entschieden ist, besteht ein erheblicher Spiel-

raum für eine erneute Korrektur des Indikators nach oben. Positiv im «Reformbarometer» schlägt sich der erste Teil der neuen Vorlage zur 11. AHV-Revision nieder (u. a. einheitliches Rentenalter 65 für Frauen und Männer, anreizneutrale Flexibilisierung der Pensionierung). Beinahe wieder neutralisiert werden diese Vorteile indessen durch den zweiten Teil der Vorlage, der eine Vorruhestandsregelung für einkommensschwache Personen vorsieht. Dadurch entstehen nicht nur beträchtliche Mehrkosten, sondern auch Anreize zu Frühpensionierungen, die das Versicherungsprinzip schwächen. Ebenfalls negativ bewertet wird das (soeben vom Volk angenommene) neue Familienzulagengesetz. Eine solche «Giesskannensubvention» trägt kaum zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei.

Finanz- und Steuerpolitik: Haushaltsanierung bleibt Daueraufgabe

Der Anstieg dieses Teilindikators auf 113,6 Punkte ist auf Verbesserungen sowohl auf der Ausgaben- als auch der Einnahmenseite zurückzuführen. Ausgabenseitig haben massgeblich die Entlastungsprogramme 2003 und 2004 zur erfreulichen Entwicklung beigetragen. Auf der Einnahmenseite soll die Unternehmenssteuerreform II zu einer Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten und Investitionen führen. Positiv zu Buche schlagen zudem die Sofortmassnahmen im Bereich der Ehepaarbesteuerung, welche die höhere steuerliche Belastung von Zweiverdienerehepaaren gegenüber unverheirateten Paaren abbauen. Damit verbundene Mindereinnahmen werden grösstenteils durch ausgabenseitige Einsparungen kompensiert.

Fazit: Mit Reformen Standortvorteile erhalten

Weder die gute wirtschaftspolitische Ausgangslage noch die gegenwärtige dynamische Konjunktur garantieren längerfristig eine positive wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz. Im intensiven Standortwettbewerb schwinden Vorteile rasch, wenn die Rahmenbedingungen nicht immer wieder überdacht und verbessert werden. Das vergleichsweise geringe Reformtempo gefährdet Standortvorteile der Schweiz. Einstige Vorsprünge bei Niveaubetrachtungen wie beim verfügbaren Einkommen, der Arbeitslosigkeit oder der Abgabenquote sind geringer geworden. Nicht die aktuelle wirtschaftliche Verfassung der Schweiz ist das Problem, sondern der fehlende Reformwille in Richtung mehr Wettbewerb und Selbstverantwortung, um die Grundlagen auch für den zukünftigen Wohlstand zu sichern.

Medienbulletin Avenir Suisse: «D-A-CH-Reformbarometer»

Medienkonferenz:

Montag, 4. Dezember 2006, 10.30 Uhr, Haus der Bundespressekonferenz,
Tagungszentrum, Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin

Publikation:

Benjamin Scharnagel, Jörg Mahlich und Alex Beck, «Das D-A-CH-
Reformbarometer. Reformpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz»,
Deutscher Instituts-Verlag, Köln, ISBN 978-3-602-14747-2, 144 Seiten, Preis
24.80 € Die Studie kann auch via Avenir Suisse bezogen werden (www.avenir-suisse.ch).

Weitere Auskünfte:

Alex Beck, Tel. 044 445 90 60, email: alex.beck@avenir-suisse.ch

Dr. Katja Gentinetta, Tel. 044 445 90 13, email: katja.gentinetta@avenir-suisse.ch

Abbildung 1: D-A-CH-Reformbarometer (Gesamtindikator)

September 2002 = 100, Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung

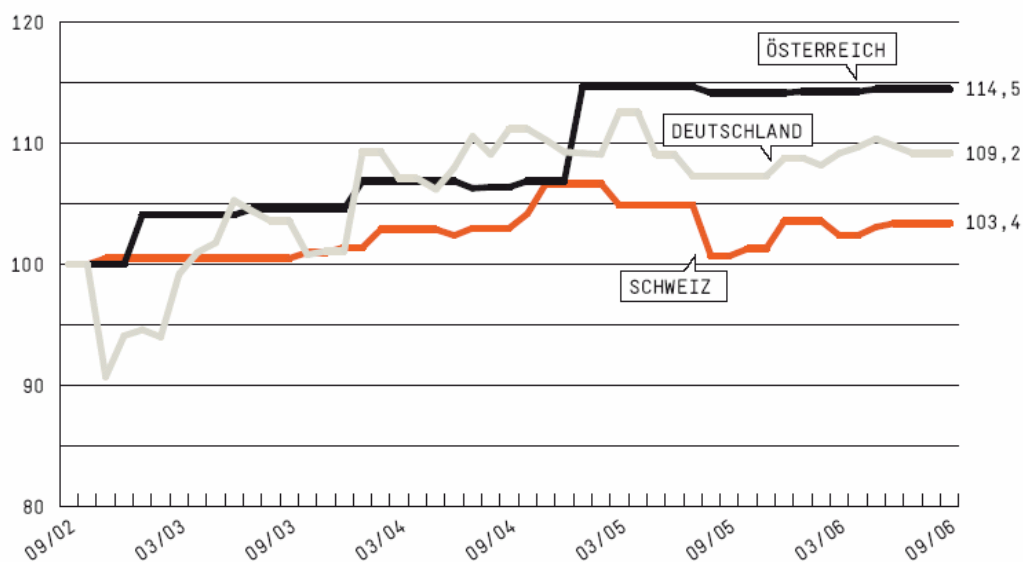
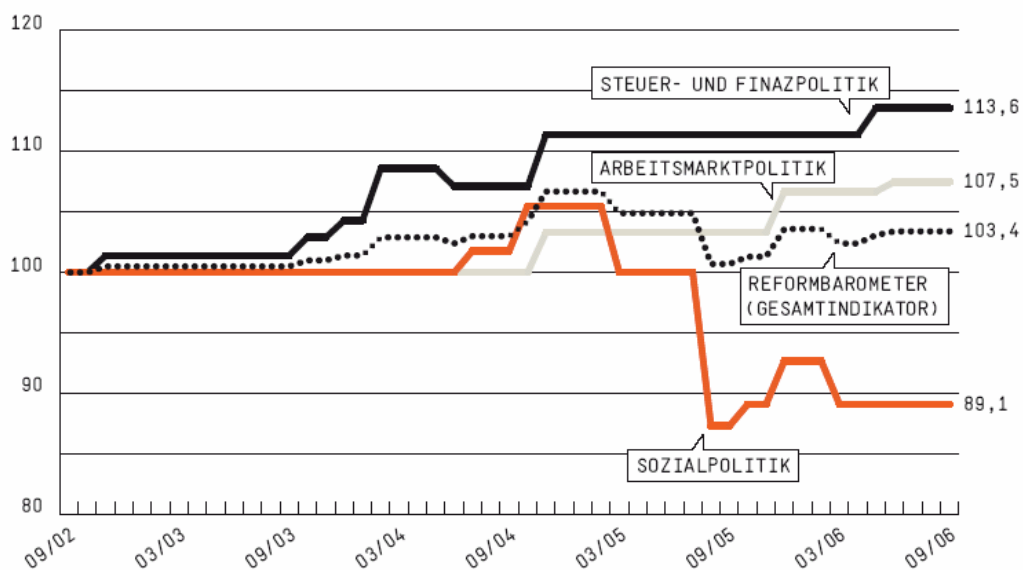


Abbildung 2: Reformbarometer und Teilindikatoren Schweiz

September 2002 = 100, Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Die Grafiken sind unter www.avenir-suisse.ch/3683.o.html abrufbar.